



SPANDAUER UMSCHAU

Kostenlos, aber unbezahlbar.



Gatower Wiesen Landschaftsschutz mittels Kahlschlag?

Unter dem Titel „Spandau droht dem Bund“ veröffentlichte der Tagesspiegel am 8. November 2017 einen Artikel zum Landschaftspark Gatow - oder den Gatower Wiesen, wie es in Spandau heißt.

Thema war - und ist wohl noch - der Streit zwischen Bund und Land Berlin über die Zukunft des Gebietes.

„Ich habe bereits deutlich darauf hingewiesen, dass ich die Gatower Wiesenlandschaft in der wertvollen Biotopqualität erhalten will und nur Eingriffe akzeptieren werde, welche der hohen Qualität des Gebietes Rechnung tragen“, erklärte der zuständige Stadtrat damals - drohte sogar mit einer Ersatzvornahme zu Lasten des Bundes, sofern nicht

bis Ende Februar 2018 in Abstimmung mit dem bezirklichen Umwelt- und Naturschutzamt die notwendigen Pflegearbeiten vorgenommen würden, um für Braunkehlchen und andere schützenswerte Arten die erforderlichen Lebensbedingungen zu erhalten.

Damals erklärte der Geschäftsbereich Bundesforst der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) - natürlich „unabhängig von den Forderungen des Bezirks“, man werde prüfen, ob landschaftspflegerische Maßnahmen erforderlich seien, und diese bei Bedarf selbstverständlich auch durchführen.

Das muss dann wohl auch geschehen sein. Am 18. April erinerten die durchgeführten Maß-

nahmen allerdings eher an Kahlschlag, wie die UMSCHAU fotografisch dokumentiert hat.

Nun mag ein radikaler Rückschnitt bei Pflanzen das Wachstum fördern, dass die aber auch gilt, wenn Vegetation mit Stumpf und Stil ausgerissen wird, scheint eine ganz neue Erkenntnis zu sein.

Und das es für das Braunkehlchen Schutz und optimale Brutbedingungen gewährleistet, wenn es in Ermangelung von Vegetation weithin zu sehen ist, wäre auch neu.

Die UMSCHAU wird jedenfalls am Thema dranbleiben und recherchieren, was es mit der sonderbaren Entwicklung auf sich hat.

-ri

Irrwege in Siemensstadt

Siemensstadt. In der Generationen-BVV im April wurde von Lotte Aurich ein Antrag eingebracht, der sich mit Wegen und Straßen in der Siedlung Siemensstadt beschäftigt. Offenkundig handelt es sich teilweise um herrenlose Wege, deren Pflege und Instandhaltung geregelt werden muss.

Bereits in der Generationen-BVV im Mai 2017 war dies Thema - nur unter anderem Vorzeichen: der Antragsteller Heinrich Voßebürger wollte unter dem Titel „Generationengerechte Mobilität“ ein neues Wegekonzept durchsetzen, und hatte dies als Stadtplaner im Ruhestand auch überzeugend vorbereitet.

Geschehen ist bisher nichts, aber es gibt unterdessen Anwohner, die an einer teilweisen Übernahme der Flurstücke für die Erschließung der Wohngrundstücke interessiert sind.

Dies könnte zwar eine (Teil-)lösung darstellen, nur sind nicht alle Anwohner von diesem Konzept überzeugt, wie man dem Antrag von Frau Aurich aus 2018 entnehmen kann.

Unter Punkt 6. des Antrages heißt es, das Bezirksamt Spandau solle beauftragt werden, „ein tragfähiges Konzept zur Heilung der verworrenen Situation, die nicht von den Anliegern zu verantworten ist, vorzulegen.“

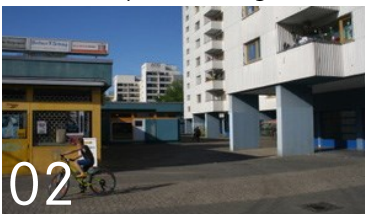
Der Antrag wurde zunächst in den Haushaltsausschuss überwiesen und steht dort am 7. Juni auf der Tagesordnung.

Der Ausschuss tagt öffentlich.

-ri

Milieuschutz:

Auch in Spandau nötig



02

Pflege und Gesundheit:

Neustart erforderlich



03

Menschen vor Profite:

Kulturtipp:

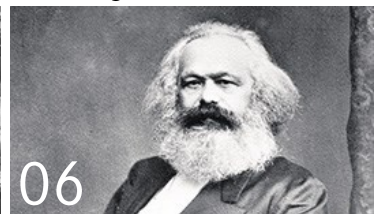
Joan Baez auf der Zitadelle



05

Karl Marx:

Was sagt er uns heute?



06

Milieuschutz für Spandau



Vor etwa einem Vierteljahr hat sich in Spandau der Runde Tisch Milieuschutz gegründet, an dem diverse Akteure aus der Kommunalpolitik und der Stadtteilarbeit beteiligt sind.

Tatsächlich war es die Linksfraktion, die bereits im Februar 2017 einen Antrag in die BVV einbrachte, der Bezirk möge ein „Grob-Screening“ in Auftrag geben, um feststellen zu lassen, in welchen Bereichen Spandaus eine Erhaltungssatzung nach §72 BauGB – so die korrekte Bezeichnung für „Milieuschutz“ – erlassen werden sollte. Doch ein Jahr lang geschah nichts.

Worum geht es?

Das Baugesetzbuch (BauGB) hält verschiedene Instrumente der Städtebauförderung bereit, um städtebauliche Mängel abzustellen oder zu verhindern – eines davon ist die Erhaltungssat-

zung.

In Berlin ist in den letzten zehn Jahren durch massiven Zuzug, dadurch verursachten Wohnungsmangel, Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und Immobilienspekulationen speziell durch relativ neue, sehr große, private Wohnungsgesellschaften ein spürbarer Verdrängungsdruck in Bereichen mit bezahlbaren Wohnungen entstanden.

Speziell betroffen ist Spandau mit seinen – noch – günstigen Mieten und einer aus Spekulantensicht günstigen Zukunftsprognose: schließt nämlich der Flughafen Tegel, entfällt der Fluglärm über Teilen des Bezirks, was die Wohnlage noch attraktiver machen wird.

Neben eklatanten Mietsteigerungen, bei denen sich etwa die Deutsche Wohnen erklärterma-

Ben nicht an den Mietspiegel hält, gibt es auch Luxusmodernisierungen zum Zweck der Mietsteigerung, wie die Mieter in der Straßburger Straße und Am Spandauer Burgwall vor Kurzem schmerzlich erfahren mussten.

Kann Milieuschutz das vermeiden?

Für genau solche Fälle gibt es das Instrument der Erhaltungssatzung – es ist die gewachsene Sozialstruktur die erhalten werden soll.

Milieuschutz ist aber kein Allheilmittel – es macht nur bestimmte Maßnahmen genehmigungspflichtig, die sonst genehmigungsfrei sind, gibt also der Kommune (dem Bezirk) Eingriffsmöglichkeiten, die leider auch umgangen werden können.

Immerhin gewinnt die kommunale Verwaltung etwas – nämlich Zeit im Sinne von Entschlei-

Kurz gemeldet

BA verschläft Gleichstellungspolitik

Auf der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 22.03.2018 führte das Spandauer Bezirksamt aus, dass sich die Besetzung der Stelle der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten noch weiter hinziehe.

Dazu der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Lars Leschewitz: „Der Bezirk Spandau droht in Fragen der Frauen- und Gleichstellungspolitik völlig den Anschluss zu verlieren. Seit einem Jahr ist die wichtige Stelle der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten unbesetzt.“

BVV für prekäre Beschäftigung

Die Linksfraktion forderte in ihrem Antrag „Keine sachgrundlosen Befristungen im Bezirksamt“ das Bezirksamt auf, „bei Neueinstellungen und laufenden Vertragsverlängerungsverfahren ab sofort auf sachgrundlose Befristungen nach § 14 TzBfG (Teilzeit- und Befristungsgesetz) zu verzichten“.

Eine Art Großer Koalition aus CDU und SPD lehnte den Antrag rundherum ab, während sich die Vertreter von Bündnis90/Die Grünen, FDP und AfD enthielten.

Interessanterweise konterkarieren SPD/Grüne damit eine gemeinsame Gesetzesinitiative mit der Linken auf Landesebene.

In einem zweiten Anlauf wurde dann eine verwässerte Form, die „möglichst“ auf sachgrundlose Beschäftigung verzichten soll mit Stimmen der anderen Parteien beschlossen. Eine Nebelkerze der neoliberalen Pateien.

Linksfraktion Spandau

Seit Herbst 2016 ist DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im Bezirk Spandau mit einer eigenen Fraktion vertreten.

Wer sich über die Arbeit der Fraktion aktueller informieren möchte, kann das via Internet tun: auf unserer Homepage gibt es ständig Kurzberichte der Bezirksverordneten aus den Ausschüssen:

www.die-linke-spandau.de und dort unter LINKSFRAKTION - Unsere Arbeit



Neue in der Fraktion

Zum Juni 2018 gibt es in der Linksfraktion eine Veränderung: unser Bezirksverordneter Cotyar Haji hat nach 20 Monaten aktiver Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen sein Mandat niedergelegt. Wir bedauern das sehr und möchten uns für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Nachrückerin ist Franziska Leschewitz, sodass die Fraktion nun mit 2 weiblichen und einem männlichen Verordneten besetzt ist.

gung bestimmter Entwicklungen durch Genehmigungsverfahren. Dies macht so manchen Investor dann gesprächsbereit.

In Spandau gibt es aktuell vier Gebiete mit Quartiersmanagement, die vorbehaltlich entsprechender Gutachten für Milieuschutz in Frage kommen, für eines davon (Neustadt) und Teile der Wilhelmstadt wurden nun

von Seiten der SPD entsprechende Anträge in die BVV eingebracht - ohne ein Grob-Screening abzuwarten.

Über andere Wohnbereiche wie etwa Siemensstadt und Haselhorst wurde diesbezüglich noch gar nicht diskutiert - obwohl die Schließung des Flughafens Tegel gerade hier besonders eklatante Folgen haben dürfte.

Der Argumentation von Seiten der FDP, man müsse Tegel eben weiter betreiben, schließt sich DIE LINKE jedenfalls nicht an - einen städtebaulichen Mangel (innerstädtischer Flughafen) zu erhalten, um einen anderen zu vermeiden, ist sinnfrei.

Vorgestellt

Franziska Leschewitz, neue Bezirksverordnete der Linksfraktion Spandau

Geboren bin ich 1989 in Rodewisch, einem kleinen Städtchen im sächsischen Vogtland. Nach dem Realschulabschluss begann ich in Zwickau eine schulische Ausbildung als Pharmazeutisch-technische Assistentin, die ich mit dem Erwerb der Fachhochschulreife abschloss.

2009 zog es mich aus beruflichen Gründen nach Berlin in die schöne Zitadellen-Stadt Spandau. Seitdem arbeite ich hier in Spandau in Apotheken. Zur beruflichen Weiterbildung nahm ich 2014 ein Hochschulstudium im Fach Biologie auf.

2013 trat ich der Partei DIE

LINKE. bei, um mich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen. DIE LINKE. fordert bessere öffentliche Dienstleistungen und lehnt Privatisierungen bei Wasser, Strom und Wohnraum ab. Sie ist Friedenspartei und lebt die internationale Solidarität. Diese klare Haltung hat mich begeistert.

Ich möchte, dass in Spandau mehr Kindergartenplätze und Jugendfreizeitangebote geschaffen werden. Besonders wichtig ist es, die pädagogische Betreuung und gesunde Ernährung in Kindergärten und Schulen zu verbessern.

Dafür werde ich mich ab Juni

-ri



auch in der Spandauer BVV einzusetzen.

Kurz gemeldet

Kommt der Wladimir-Gall-Weg?

Gemeinsam mit SPD und Grünen hat die Linksfraktion im Oktober 2017 das Bezirksamt beauftragt, die Zufahrt zur Zitadelle Spandau in Wladimir-Gall-Weg umzubenennen. Damit sollte der Parlamentär der Roten Armee geehrt werden, der Anfang Mai 1945 die kampfbare Übergabe der Festung erreicht hatte. Damit hat er Hunderten Menschen das Leben gerettet.

Der Antrag hatte Widerstand von CDU und AfD erzeugt, doch inzwischen gibt es Bewegung. Kulturstadtrat Gerhard Hanke (CDU) hat dem Kulturausschuss am 12. Juni mehrere Varianten vorgestellt, wie Gall an der Zitadelle geehrt werden kann. Im Mittelpunkt der Vorschläge steht die Idee, den Weg zur Freilichtbühne nach dem Parlamentär zu benennen.

Die Linksfraktion wird jetzt mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern in den Dialog treten, ob diese Option tragbar ist. Klar ist, Wladimir Gall muss, gerade auch wegen seiner Arbeit für die deutsch-russische Aussöhnung, gebührend geehrt werden.

Zur Fiesta de Solidaridad nach Berlin!



Fiesta de Solidaridad

„Man fühlt sich wie in Kuba!“ – so erzählen es jedes Jahr die Besucher der „Fiesta“. Die AG Cuba Sí lädt am 28. Juli 2018 wieder Kubafreund* innen aus dem In- und Ausland zu diesem großen Solidaritätsfest in die Berliner „Parkaue“ ein.

Auch in diesem Jahr erwartet die Besucher*innen ein umfangreiches Programm: Musik, Vorträge, Ausstellungen und Diskussionen, auch gibt es Baseball, Boxen und Domino.

An über 50 Ständen locken

karibische Cocktails, leckeres Essen, Infos aus Kuba und Lateinamerika sowie interessante Gespräche.

Für die Talkrunden hat Cuba Sí interessante Gäste eingeladen, so zum Beispiel den kubanischen Kosmonauten Arnaldo Tamayo, angekündigt hat sich auch sein „Interkosmos“-Kollege Siegmund Jähn. Bei der Fiesta dabei sind auch María del Carmen Cejas, Präsidentin unserer Partnerorganisation für die Milchprojekte (ACPA), sowie Elio Gámez, Vizepräsident des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft.

Die kleinen Fiesta-Besucher können sich auf ein wunderbares Kinderfest freuen, und bei unserer Solidaritätstombola ist der Hauptpreis ein Flugticket nach Kuba.

Am Abend steht die Band „Che Sudaka“ live auf der Fiesta-Bühne! Und für die Nimmerrunden beginnt um 22 Uhr eine After-Show-Party im Stadteilla den „Zielona Gora“. am Boxha-

gener Platz, Grünberger Str. 73, 10245 Berlin. Nos vemos! Wir sehen uns in Berlin.

AG Cuba Sí (www.cuba-si.org)

Fiesta de Solidaridad

28. Juli 2018, 14 – 22 Uhr, Parkaue Berlin-Lichtenberg, Nähe S/U Frankfurter Allee

After-Show-Party

Ab 22 Uhr, Stadteilla den „Zielona Gora“, Grünberger Straße 73, 10245 Berlin (am Boxha gener Platz)

IMPRESSUM

Herausgeber

DIE LINKE. BV Berlin-Spandau, Pichelsdorfer Straße 138, 13595 Berlin - Spandau, Tel.: (030) 36 43 74 71 Fax: (030) 36 43 74 72 www.die-linke-spandau.de info@die-linke-spandau.de [fb.com/DieLinkeBerlinSpandau](https://www.facebook.com/DieLinkeBerlinSpandau)

V.i.S.d.P.:

Lars Leschewitz

Redaktionsschluss:

31. Mai 2018

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.



Gotisches Haus Stadtgeschichtliches Museum Spandau

Das gotische Haus wird vom Bezirk als Bildungs-, Begegnungs- und Informationszentrum genutzt - im Obergeschoss ist ein Museum eingerichtet. Das Gotische Haus ist eines der bedeutendsten mittelalterlichen Baudenkmale nicht nur in Spandau, sondern im gesamten Berliner Raum. Ein repräsentativer Steinbau wie dieser war im Mittelalter selten, üblich waren

Holz- und Fachwerkbauten. Erst in der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts nahm die Zahl der Steinhäuser in der Mark Brandenburg zu. Der Bau des Gotischen Hauses begann Ende des 15. Jahrhunderts. Ursprüngliche Teile, wie das Netzrippengewölbe im hinteren Teil des Hauses und die Spitzbogenarkade, sind noch erhalten.

Die Restaurierung begann

1987 und wurde 1993 abgeschlossen. Die Restauratoren verwandelten die Fassade in ein bauliches Geschichtsbuch: Den Kernbau aus der Spätgotik ließen sie unverputzt, während Fassadenbereiche aus dem Klassizismus verputzt wurden, das Gebäude steht unter Denkmalschutz. Im Erdgeschoss befindet die Tourist-Information des Bezirkes Spandau. -hi

Joan Baez sagt: „Fare thee well“

Joan Baez wurde auf Staten Island/New York geboren. Früh musste sie aufgrund ihrer dunklen Hautfarbe erkennen, was Vorurteile bedeuten. Joan Baez ist seit mehr als vierzig Jahren politisch engagiert und trug einige Kämpfe gegen Organisationen und Autoritäten aus und selbst sieht sich selbst mehr als Politikerin und weniger als Musikerin. Das verwundert um so mehr, als sie mit ihrer Folkmusik auf die meistverkauften Platten zurückblicken kann.

Im damaligen Club 47 hatte sie im Jahr 1959 regelmäßige Auftritte und hatte innerhalb kurzer Zeit ihre eigene Fangemeinde aufgebaut. Ihre erste Platte, „Folksingers Round Harvard Square“, stammt aus dieser Zeit und sorgte selbst später als Joan Baez wegen der unerlaubten Wiederveröffentlichung die Gerichte in Anspruch nahm, für



Aufregung.

Auf den Folksänger Bob Gibson traf sie 1959 bei einem ihrer Auftritte im „The Gate Of Horn Club“. Bob Dylan prägte Joan Baez und Joan Baez prägte Bob Dylan. Mit Ihren politische Aktivitäten konnte Joan Baez viele Menschen animieren, sich für ebensolche Ideale einzusetzen.

Baez verweigerte 1963 einen Auftritt bei der Fernsehprodukti-

on ABC mit der Begründung des Boykotts des linken Musikers Pete Seegers durch den TV-Sender.

Stand sie zu Anfang ihrer Karriere lediglich mit einer Gitarre auf der Bühne, so erweiterte Joan Baez die Instrumentierung ihrer Lieder und es gelang ihr immer wieder, den richtigen Ton zu finden und ihre Fans entsprechend positiv anzusprechen.

Mit Unterstützung der neuen Plattenfirma Virgin entstand ihr Album „Play Me Backwards“, womit ihr ein künstlerisches Comeback gelang.

Mit großer Freude können wir diesen international beliebten Weltstar in Spandau zu einem Konzert begrüßen. Weltbekannte und neue Songs von Joan Baez versprechen ein großartiges musikalisches Ereignis! -hi

Kulturtipps

Gotisches Haus

Breite Straße 32, 13597 Berlin (U7 Altstadt Spandau)
+ Public Colors / Private Lines
Christine Falk & Alfred Banze
AUSSTELLUNG vom 28. April bis 24. Juni 2018
Mo - Sa 10.00 bis 18.00 Uhr,
So 12.00 - 18.00 Uhr
FINISSAGE am Mittwoch 20. Juni 2018, 19.00 Uhr Musikperformance mit Kopi Kaputa
Lesung mit Christine Falk - Reiseerzählungen, Eintritt Frei

Kulturhaus Spandau

Galerie Kulturhaus Mauerstraße 6, 13597 Berlin
+ Kunstwerk Erde Farben der Erde | Malerei
Ingrid Meyer-Grothe
Schirmherr: Gerhard Hanke
Bezirksstadtrat,
Fr 01.06. - Sa 18.08.2018
Mo - Fr 13.00 - 18.00 Uhr
Sa 14.00 - 20.00 Uhr
Eintritt frei
Während Berliner Schulferien:
Mo - Fr 10.00 - 15.00 Uhr

Freilichtbühne an der Zitadelle Spandau

Am Juliusturm 62, 13599 Berlin
+ OPEN AIR für KINDER
Toni Geiling & das Wolkenorchester Fr 29.06.18, 10.30 Uhr
Razzz 4 Kids Beatboxmusical Do 12.07.18, 11.00 Uhr
Karibuni - Weltmusik für Kinder Fr 17.08.18, 11.00 Uhr und Sa 18.08.18, 11.00 Uhr

HIGHLIGHT! Joan Baez Konzert So, 29.07.2018, 20.00 Uhr
2018: große Deutschlandtour der Königin des Folk

Altstadt Spandau

+ 36. Bayerntag
Traditionelles aus Bayern, Sa, 04. August 2018

+ Spandauer Altstadtfest und Weinsommer
Winzer und Weingüter präsentieren Ihre Weine, Livekonzerte auf der Bühne vor dem Rathaus
Donnerstag 30. August - Sonntag 2. September

Neustart erforderlich

Oft wird gesagt, dass wir Linke immer so lange suchen, bis wir etwas kritisieren können. Doch ganz ehrlich: Ich würde in der Pflegepolitik sehr gern etwas finden, was gut gelungen ist. Der Koalitionsvertrag von Union und SPD ist es aber leider wieder nicht, obwohl dort viel und Vielversprechendes steht. Zum Beispiel: »Wir werden die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Pflege spürbar verbessern.« Das klingt gut. Das fordern wir und viele Pflegekenner schon lange. Wir haben allerdings auch klar gesagt, was das heißen soll. Nämlich ein Mindestgehalt von 3000 Euro brutto für Fachkräfte in der Altenpflege und ein Pflege-mindestlohn für Pflegehilfskräfte von 14,50 Euro in der Stunde, ohne Unterschiede in Ost und West. Das finden wir angemessen. Was die Koalitionäre angemessen finden, steht leider nicht im Koalitionsvertrag.

Die im Vertragsentwurf einzig konkret genannte Zahl sind 8.000 zusätzlich geplante Fachkraftstellen für die medizinische Behandlungspflege in Pflegeeinrichtungen. Bleibt nur die Frage, welche tatsächliche Unterstützung diese zusätzlichen Fachkraftstellen leisten können, denn umgerechnet auf die Anzahl der Einrichtungen bleiben nur 0,6 Stellen pro Einrichtung. Und woher sollen eigentlich diese zusätzlichen Kräfte kommen, wenn völlig unklar bleibt, wie sich Bezahlung und Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte sofort verbessern sollen? Es verwundert nicht, dass eine Stelle in der Altenpflege derzeit durchschnittlich 171 Tage unbesetzt bleibt.

Die medizinische Behandlungspflege in Pflegeheimen wird nicht von den Krankenkassen finanziert, sondern auf die Pflege-sätze umgelegt. Da sparen die Krankenkassen zwar ordentlich – doch die Pflege wird teurer. Weil die Pflegeversicherung nur einen Teil der Kosten übernimmt, müssen sich die Menschen mit Pflegebedarf an den Kosten beteiligen. Wenn die 8.000 neuen Fachpflegekräfte in den Pflegeheimen nun von den Krankenkassen finanziert werden, ist das also zu begrüßen.

Fehler im System

Eine wirksame Entlastung ist das jedoch nicht. Denn die Zahlungen zu Pflegeheimplätzen sind schon seit Jahren enorm hoch – und steigen im Moment in vielen Einrichtungen drastisch an. Von einem Monat zum anderen wird derzeit in vielen Pflegeeinrichtungen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt derselbe Heimplatz plötzlich 500 bis 700 Euro teurer, ohne dass sich die Leistung verbessert. Begründet wird dies oft mit höherer tariflicher Bezahlung der Pflegekräfte.

In Wahrheit jedoch liegt der Fehler im System. Weil die Pflegeversicherung so ausgestaltet ist, dass alle Kostensteigerungen direkt auf die Menschen mit Pflegebedarf umgelegt werden können.

Der Pflegenotstand in Deutschland hat viele Gesichter. Die meist sehr alten Menschen mit Pflegebedarf leiden unter dem Zeitdruck ihrer Pflegerinnen und Pfleger und der hohen Fluktuation in den Pflegeberufen. Oft schämen sie sich, ihre Angehörigen zu belasten. Die Angehörigen wiederum müssen trotz aller Unterstützungsangebote meist allein entscheiden, ob sie sich selbst um Eltern oder Partner kümmern oder ob sie eine professionelle Versorgung organisieren. Die Pflegekräfte betrifft der Notstand ganz konkret. Sie müssen die Arbeit für die Kolleginnen und Kollegen, die fehlen oder krank sind, mit übernehmen. Und das tun sie auch. Weil es sonst niemand macht.

Dass es so nicht weitergehen kann, wissen alle. Aber der Schalter wird auch im Koalitionsvertrag nicht in Richtung menschenwürdige Pflege umgelegt. Ungeachtet aller Vorschläge von Pflegeexperten.

Ich wünsche mir als Reaktion auf diese Zumutung im Koalitionsvertrag einen echten Pflegeaufstand der Pflegekräfte und der Familien mit Pflegebedarf. Es gibt viele Wege, sich zu wehren und ich möchte das gerne unterstützen. Es muss laut werden – nicht für kleine Verbesserungen, sondern für einen solidarischen Neustart.

– Pia Zimmermann



■ **Mehr Personal für die Pflege:** Es braucht eine gesetzliche Personalbemessung mit verbindlichen Personalquoten. Die Bundesregierung muss dringend investieren. Um den Personalmangel in den Krankenhäusern insgesamt zu beenden, müssen 162.000 neue Stellen geschaffen werden, davon 100.000 für Pflegekräfte. Für **Pflegeeinrichtungen** muss eine **Fachkraftquote von 50 Prozent** eingeführt werden. Aus-, Fort- und Weiterbildungen müssen für Pflegekräfte kostenfrei sein.

■ **Die Arbeit mit den Menschen muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden:** Keine Pflegefachkraft darf unter 3.000 Euro (brutto, Vollzeit) verdienen! Daher wollen wir Tarifverträge stärken, prekäre Teilzeit, Minijobs und Befristungen abschaffen. Der Pflege-mindestlohn muss ausnahmslos auf 14,50 Euro erhöht werden.

■ **Gute Gesundheitsversorgung und Pflege für alle statt Zwei-Klassen-Gesellschaft!** Wir wollen pflegende Angehörige entlasten, indem wir die Pflegeversicherung zur solidarischen Vollversicherung ausbauen. Alle Pflegeleistungen müssen übernommen werden. Nur so können alle Menschen wirklich frei entscheiden, wo und von wem sie gepflegt werden wollen. Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. Die Zwei-Klassen-Medizin wird so überwunden.

■ **Die Vermögenssteuer für Superreiche muss endlich wieder eingeführt werden.** Mit den Milliarden-Einnahmen können 162.000 Stellen in den Krankenhäusern, höhere Löhne in der Pflege und die Stärkung öffentlicher und gemeinwohlorientierter Krankenhäuser locker finanziert werden.



Pia Zimmermann ist pflegepolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

Bundestagsbüro in Spandau eröffnet Sahra Wagenknecht zu Gast

Am 12.06.2018 wurde im Beisein der Fraktionsvorsitzenden von DIE LINKE. im Bundestag, Dr. Sahra Wagenknecht, das Bundestagsbüro von Helin Evrim Sommer eröffnet. Das Büro in der Reistr. 21 ist ab sofort viermal die Woche für Bürgerinnen und Bürger geöffnet.

Rund 80 Besucherinnen und Besucher kamen zur Einweihung und blieben knapp drei Stunden zu Musik, Gesprächen, Speis und Trank.



Ansprechbar im Kiez

Bürgerbüro
Helin Evrim Sommer, MdB
Reisstr. 21
13629 Berlin-Siemensstadt

Geöffnet:

Montag 10 – 16 Uhr
Dienstag 14–19 Uhr
Donnerstag 14–19 Uhr
Freitag 10 – 14 Uhr

Kontakt

Tel. (030) 23564177
Fax (030) 23564178
Mail helin-evrim.sommer.ma05@bundestag.de

Persönliche Sprechstunde einmal im Monat.

Erfolgreicher Arbeitskampf an der Seite der Siemensianer



November letzten Jahres hatte Joe Kaeser angekündigt, 9.000 Arbeitsplätze bei Siemens AG abbauen zu wollen, darunter 700 im Spandauer Dynamowerk. Vor dem Hintergrund, dass Siemens 6,2 Mrd. Euro Gewinne eingefahren hatte, war diese Entscheidung ein Skandal. Eine Welle des Protestes der Beschäftigten, der IG Metall und der Politik folgte. DIE LINKE erklärte sich von Anfang an solidarisch mit den Beschäftigten und kämpfte an ihrer Seite für den Erhalt der Arbeitsplätze, auf der Straße und im Bundestag.

Die Unternehmensführung der Siemens AG musste gezwungen werden, ihre Verantwortung für

die Entwicklung zukunftssicherer Arbeitsplätze wahrzunehmen und die im Jahr 2010 mit der IG Metall vereinbarte Standort- und Beschäftigungssicherung einzuhalten. Druck auf die Bundesregierung, damit auch sie ihrer Verantwortung zum Erhalt der Arbeitsplätze nachkommt, mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte und Teilnahme an allen Demonstrationen bestimmten unser Handeln in den letzten Monaten.

Es hat Wirkung gezeigt und dazu beigetragen, einen vollständigen Stellenabbau abzuwenden. Betriebsbedingte Kündigungen bleiben weiterhin ausgeschlossen. Die Fertigung im Spandauer

Dynamowerk bleibt.

Ab September soll über die Zukunft des Werkes verhandelt werden. Das geht nur mit den Beschäftigten. Sie müssen von Anfang an beteiligt werden. Dafür wird sich DIE LINKE im Bundestag weiterhin einsetzen, ebenso wie für ein Verbot von Massenentlassungen bei Unternehmen, die Gewinne erwirtschaften.

- Helin Evrim Sommer

Kurz gemeldet

Besuch bei Vivantes

Machbarkeitsstudie erwartet

Helin Evrim Sommer traf sich diese Woche im Vivantes Klinikum Spandau mit der Leitung des Hauses. Die Bundestagsabgeordnete sprach mit den Verantwortlichen über die Situation in Spandaus größtem Krankenhaus. Dabei wurden die Personalsituation, die Investitionsbedarfe in neue Betten und die bundespolitischen Rahmenbedingungen diskutiert. Sie nehme die Anregungen mit und werde sich auf Bundesebene dafür stark machen, dass die Krankenhäuser personell und finanziell gut ausgestattet werden, so Evrim Sommer im Anschluss.

Helin Evrim Sommer: "Für Vivantes in Spandau darf man gespannt sein, was bei der geplanten Machbarkeitsstudie des Bezirksamtes herauskommt. Nördlich des Hauses gibt es nämlich Flächen des Bundes, die Vivantes gerne für eine Erweiterung u.a. in der Gerontologie und der Pflegeausbildung nutzen würde. Die Machbarkeitsstudie wird dieses Interesse mit anderen Nutzungsmöglichkeiten abwägen." Evrim Sommer machte im Gespräch deutlich, dass sie eine schnelle Prüfung durch das Bezirksamt erwarte.

Fraktionsverein spendet an den TSV Spandau 1860 e.V. und Jona's Haus

Es ist einzigartig, was der TSV Spandau 1860 e.V. mit dem G-Judo (gehandicapt-Judo) leistet - in sportlicher, gesellschaftlicher Hinsicht und für die Menschen mit Behinderung persönlich. Die Sportler*innen, ihr Trainer, Sven Neuber und die vielen ehrenamtlichen Helfer*innen leisten einen unschätzbaren Beitrag, damit Inklusion in unserer Gesellschaft gelebt wird. So gibt es zum Beispiel seit mehreren Jahren Kata-Veranstaltungen, die sich an Judoka mit und ohne Behinderung richten.

Ich finde, das muss gewürdigt und finanziell unterstützt werden. Insofern unterstützt der Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE die Finanzierung der Teilnahme des Vereins an den nächsten Special Olympics



National Games in Kiel.

Das Jona's Haus wiederum öffnet seit 2006 seine Türen für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien. Für Staaken und die Heerstraße Nord ist die Einrichtung ein wichtiger Baustein sozialer Integration.

Umso mehr freue ich mich, der Stiftung Jona einen Scheck des Fraktionsvereins DIE LINKE im Bundestag überreichen zu können. Mit dem Geld wird das neue Spielgerät „Lindenschiff“ im Außenbereich finanziert. Es soll Kinder zum Spielen und Familien mit Kindern zum Verweilen einladen. Im Herbst 2017 war dort durch Stürme großer Schaden entstanden. - Helin Evrim Sommer

Den Menschen vor Ort zuhören Tour durch Siemensstadt

Meine erste Tour durch Spandau führte mich in soziale Einrichtungen im Ortsteil Siemensstadt. Ich besuchte das Familienzentrum Rohrdamm, das Stadtteilzentrum Siemensstadt, die Jugendberufsagentur und das Seniorenwohnhaus am Rohrdamm. Dabei konnte ich mir einen guten Überblick über die Erfolge, aber auch die Probleme vor Ort verschaffen. Im Kiez herrscht ein akuter Mangel an Fachärzten, besonders Kinderärzten. Eltern müssen mit ihren Kindern in einen anderen Bezirk ausweichen. Das ist nicht hinnehmbar und für mich ein Grund an die Verantwortlichen heranzutreten, um die medizinische Versorgung zu verbessern.

Die sozialen Einrichtungen klagten zudem über Raumnot und steigende Mieten. Private Vermieter, darunter auch die Deutsche Wohnen, vertreiben durch ihre Mietpreispolitik angestammte Mieterinnen und Mieter aus ihrem Wohnumfeld. Ich will daher versuchen, im Bundestag



Gemeinsam vor Ort Helin Evrim Sommer mit Wolfram Quack von casa e.V. und Katharina Oehlke (2. v. l.), Mitarbeiterin im Stadtteilzentrum Siemensstadt.



und mit den Menschen vor Ort tun in Spandau. Daher werde ich Druck zu machen, damit diese Entmietungspolitik ein Ende hat. Die Vermieter müssen ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden.

Für mich ist klar: Es gibt viel zu

Kurz gemeldet

Schülerinnen und Schüler der Klasse 5d der Robert-Reinick-Grundschule im Bundestag

22 Schülerinnen und Schüler der Klasse 5d der Robert-Reinick-Grundschule besuchten zu Beginn des Jahres den Deutschen Bundestag. Sie hatten sich sehr gut darauf vorbereitet.

Fast alle Schülerinnen und Schüler stellten Fragen zu allgemein politischen Themen und zu meiner Arbeit als Bundestagsabgeordnete: Was sagen Sie zum Thema „Flüchtlinge“? Was sagen Sie zum Abgasskandal? Wie sieht ein normaler Tag für Sie aus? Was verdienen Sie? Gefällt es Ihnen hier im Bundestag? Wie viele Stunden arbeiten Sie am Tag? Wollten Sie Bundestagsabgeordnete werden oder ist das zufällig passiert? Warum waren Sie bei der Siemensdemo?

Es waren mehr als 40 Fragen. Ich habe sie gern beantwortet. Ich würde mich freuen, wenn noch mehr Kinder und Jugendliche die Möglichkeit für einen Besuch des Deutschen Bundestages nutzen.

Gedenkfeier zum Jahrestag der Befreiung am 8. Mai 1945



Am 08.05.2018, dem Tag der Befreiung, habe ich an der Gedenkveranstaltung am Ehrenmal in Staaken teilgenommen. Die Rote Armee und ihre Verbündeten haben Europa und die Welt von einem beispiellosen Terrorregime befreit. Dafür gelten ihnen unser Dank und unser Respekt. Dies ist uns heute Verpflichtung und Mahnung, für eine Welt ohne Krieg und Faschismus zu kämpfen.

Herr Chkhan von der russischen Botschaft dankte den Anwesenden dafür, dass sie die Erinnerung an den wichtigen Tag aufrecht erhalten.

Diskurs ++++++

An dieser Stelle ist eine Rubrik geplant, in der wir ein Thema anreißen, um dann in den Diskurs mit unseren Leser*innen einzutreten. Es soll schon kontrovers zugehen, aber nicht feindselig; auch mal provokativ, aber nicht dogmatisch - ein moderierter Diskurs, der aber keinesfalls moderat bleiben soll.

Rein technisch wird das nicht leicht, weil wir (noch) nicht oft genug erscheinen - wir haben also lange Reaktionszeiten. Aber der Diskurs muss ja nicht auf die UMSCHAU beschränkt werden.

Aktuelles lohnt sich in diesem Format allerdings nur dann, wenn es um Hintergründe oder Prinzipielles geht, was aber nicht heißt, dass nicht ein aktueller Anlass ein Thema setzen kann, das dann gründlich diskutiert wird.

Und so wollen wir beginnen: seit zwei Monaten sind die Medien voll davon - Karl Marx' 200. Geburtstag wird - erstaunlicherweise auch von den sogenannten bürgerlichen Medien - zum Anlass genommen, nach dem zu fragen, was Marx uns heute noch sagen kann; und genau daran wollen wir anknüpfen.

Beiträge für Diskurs bitte per Mail senden an: diskurs@spandauer-umschau.de

Die Redaktion wird die Länge der Beiträge grundsätzlich nicht beschränken; je kürzer ein Beitrag ist, desto höher ist allerdings die Chance, dass er abgedruckt wird. Dies gilt nicht für Zitate aus den Beiträgen.

Es gibt keinen Anspruch auf Abdruck übersandter Beiträge, es sei denn, diese wurden von der Redaktion ausdrücklich angefordert. Auch dann behält sich die Redaktion notwendige Kürzungen vor. Beiträge werden archiviert. Jede Verwendung außerhalb der UMSCHAU findet nur mit Zustimmung des Autors bzw. der Autorin statt.

Wem sagt Marx (noch) was?

Als Karl Marx mit der Arbeit an seinem Hauptwerk, Das Kapital, begann, hatte er aufgrund der Erfahrungen von 1848 die Idee einer Revolution, die den Kapitalismus überwinden würde, aufgegeben.

Erst jetzt begann er konsequent zu analysieren, wie dieser Kapitalismus funktioniert und welche Gefahren er birgt. Marx war sich dabei im Klaren, dass die kapitalistische Produktionsweise hoch effizient ist - und er sagte deutlich, dass genau diese Effizienz - wenn auch vorübergehend - notwendig sei für die Entwicklung moderner Gesellschaften.

Denen, die sich in der Nachfolge des Kommunistischen Manifests schon damals als Marxisten verstanden, hielt er - sicherlich auch, aber nicht nur aus Arroganz - entgegen: „Ich bin kein Marxist!“

War Marx ein Liberaler?

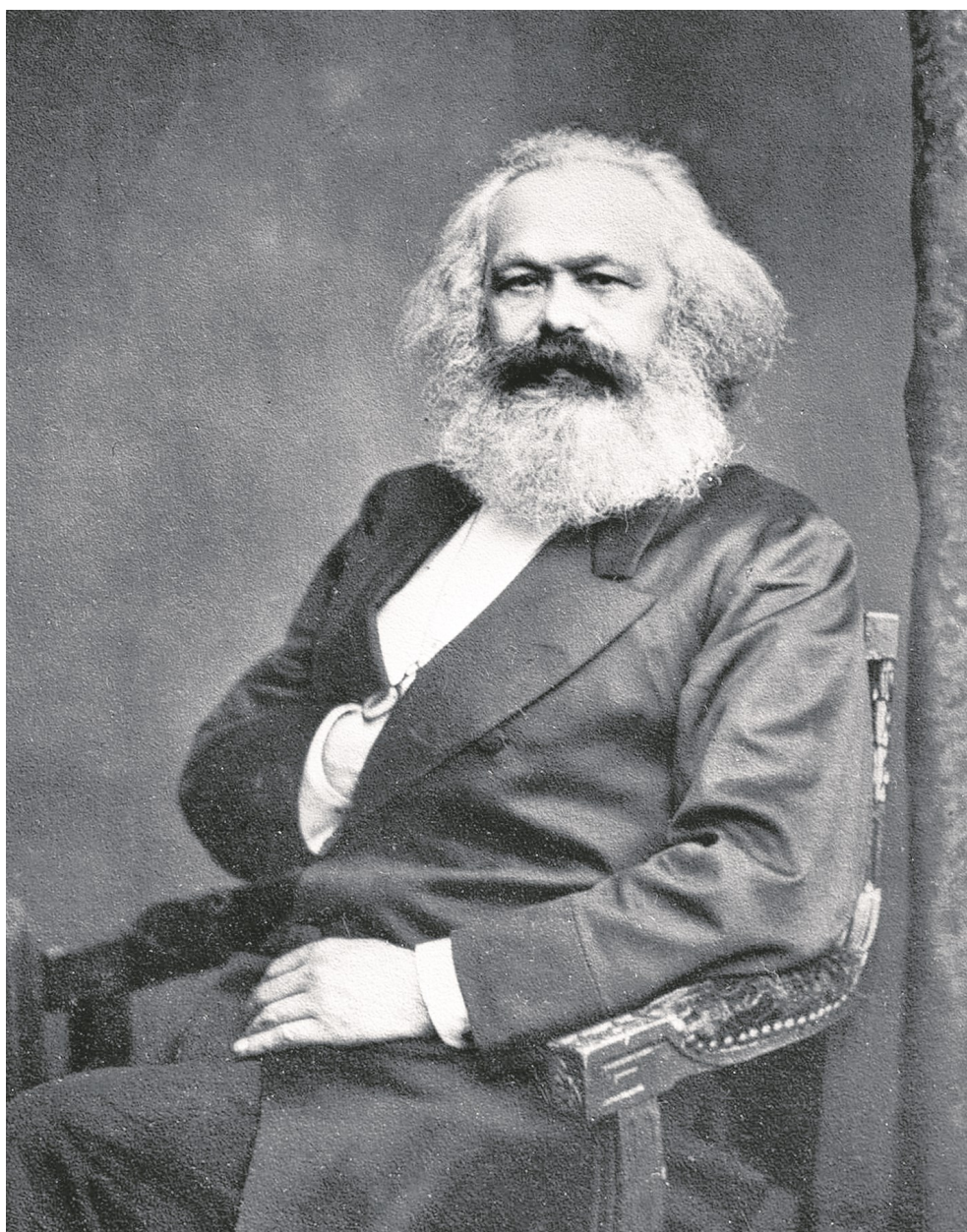
Seine grundsätzliche gesellschaftliche Utopie sah Marx in einer zukünftigen gesellschaftlichen „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ - nicht etwa umgekehrt.

Klaus Roth, Professor für Politische Ideengeschichte am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, erklärt, dass Marx und Engels den Liberalismus im hegelschen Sinne „aufheben“ wollten - also einerseits in seiner damals aktuellen Form ablösen, gleichzeitig aber bewahren und auf eine höhere Stufe heben.

Und auch heute bezeichnet etwa Yanis Varoufakis, ehemaliger Finanzminister der griechischen Syriza, Marx als Liberalen - durchaus positiv gemeint.

Dialektischer Materialismus

Marx hatte gelernt, in Widersprüchen zu denken, speziell was die Analyse der konkreten Lebensverhältnisse angeht - das war seine Konsequenz aus dem hegelschen Denken, der Dialektik. Aber er sah diese Widersprüche nicht als statische Gegensatzpaare, sondern als die Basis dynamischer Entwick-



lung, und war damit seinen späteren Epigonen weit voraus.

Das „Reich der Freiheit“ sah er jedenfalls erst jenseits des „Reichs der Arbeit“, wie im Band 25 der MEW auf Seite 828 nachzule-

sen ist - und hatte damit immerhin im Ansatz eine Zukunftsvision vor Augen, in der die Ausbeutung des „doppelt freien Arbeiters“ durch Lohnabhängigkeit nicht mehr alleinige Basis der gesellschaftlichen Ver-

hältnisse sein wird.

Wie altbacken wirkt dagegen das Festhalten vieler Akteure am überkommenen Arbeitsbegriff heute.

Arbeiterklasse heute?

Konkurrenz sei nun mal die Grundfeste des Kapitalismus, sagte ein Teilnehmer des letzten Regionalforums der LINKEN, ohne es weiter auszuführen, und meinte damit vermutlich nicht die Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen, sondern jene in der Wettbewerbswirtschaft - aber das ist falsch.

Das Wesen des Kapitalismus liegt nicht im Wettbewerb, sondern in der Kapitalakkumulation - und die führt zwingend zu monopolistischen Machtstrukturen, also dem Gegenteil von Wettbewerb.

Wenn wir heute diejenige Klasse zeitgemäß definieren wollen, die die Rolle der marxischen Arbeiterklasse übernimmt, müssen wir den Gedanken aufgeben, dass der Klassenwiderspruch zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern verläuft - es ist streng im marxischen Sinne der Widerspruch zwischen Kapitaleignern und der Masse der Individuen ohne nennenswerte Kapitalausstattung, und das sind auch viele kleine und mittlere Unternehmer.

Marx für alle?

Zum 200sten Geburtstag jedenfalls weiß so ziemlich jede(r) was zu Marx zu sagen. „Marx ist wieder 'in'. Und das ist auch gut so, ...“ meint etwa Andrea Nahles, was auch nicht weniger banal wird durch die Ergänzung „... denn es ist erkenntnisreich und gewinnbringend.“ Arme SPD, möchte man sagen.

Und nicht weniger dumm ist der Tweet von Peter Altmaier (CDU): „Lieber Karl Marx, egal wie brilliant Deine Ideen waren: Die Umsetzung hat nie funktioniert, Millionen Menschen um Glück&Leben betrogen.“

Marx' Thesen, stellt Sahra Wagenknecht richtig, sind nicht verantwortlich für die Verbrechen, die im Namen des Kommunismus begangen wurden, und weiter: „Wenn jeder für das verantwortlich wäre, was in seinem Namen geschieht, dürfte Jesus Christus heute in keiner Kirche mehr hängen.“

Immerhin erkennt Altmaier die Ideen von Karl Marx noch als brilliant an - Grünen-Chef Robert Habeck weiß hingegen, dass sich „als offenkundig falsch erwiesen hat“, dass der Kapitalismus zwangsläufig zur Revolution führe und diese dann zur Befreiung der Menschen von Knechtschaft und Entfrem-

dung.

Nicht ganz neu der Gedanke, werter Herr Habeck - Marx war das schon 1848 klar geworden.

Marx für die Zukunft

Was aber können wir heute aus der marxischen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise ableiten? Inwieweit ist der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts noch vergleichbar mit dem des 19.? Wenn die Revolution zumindest nicht zwingend auf die bzw. eine Krise des Kapitalismus folgt, bleiben dann nur Reformen?

Und noch viel gravierender die Frage: Will eigentlich heute noch irgend jemand ernsthaft auf die Segnungen verzichten, die der Kapitalismus eben auch bietet?

Dieser Artikel will nur die Diskussion anregen, die sich gerade jetzt anbietet, weil vermeintlich Prominente meinen, ihre Gehirnblähungen zu Marx absondern zu müssen - in den meisten Fällen wohl, ohne ihn je gelesen zu haben.

Eure/Ihre Meinung dazu interessiert uns - und soll in der Herbstausgabe breit diskutiert werden. Einsendeschluss ist der 1. September 2018. -ri

Angst um die WM 2018 in Russland

Knapp drei Monate vor dem Beginn der Fußball-WM in Russland rückt ein politischer Boykott weiter in den Fokus. Für FIFA-Präsident Gianni Infantino wäre das ein Desaster, sagte der Sportjournalist Robert Kempe im Deutschlandfunk. Infantino brauche die WM dringend, um die FIFA „mal wieder von einer anderen Sicht zu zeigen“ - und nicht nur im Zusammenhang mit Korruption und staatlichen Ermittlungen.

Die WM in Russland soll zur großen Bühne für den Fußball werden. Ob es allerdings die gewünschte Bühne für Wladimir Putin wird, ist seit dieser Woche fraglich. Denn: Mit dem Streit um den Giftgasanschlag in Salisbury und dem Agieren Russlands in Syrien wurden diese Woche auch schon die ersten Forderungen nach politischen WM-Boykotten laut. Großbritannien und Island haben diese bereits angekündigt.

FIFA-Präsident Infantino unter Druck

Für Wladimir Putin sei die WM sehr wichtig, um Russland nach außen zu präsentieren. Dafür

brauche er die Bilder, wenn sich die Staatschefs die Klinke in die Hand geben und auf der Tribüne sitzen. Im Falle eines politischen Boykotts werde Putin das Thema jedoch sicher innenpolitisch nutzen.

Doch nicht nur für Putin seien die Absagen weiterer Staatschefs von Bedeutung - auch für FIFA-Präsident Gianni Infantino könne die WM damit zum Desaster werden.

Wenn die Bilder ausbleiben, gibt es die Gefahr, dass diese Fußball-Weltmeisterschaft zu Infantino-Putin-Spielen werden. Man stelle sich vor Deutschland im Endspiel und Angela Merkel sitzt nicht auf der Tribüne? Nach dem Willen von 60 Europaabgeordneten könnte das durchaus so sein. Sie fordern einen EU-weiten Politikerboykott für die Fußball-WM in

Russland. Initiiert hat die Aktion die deutsche Europapolitikerin Rebecca Harms (Bündnis 90/Die Grünen). Ihr gefalle nicht,



denke, westliche Staats- und Regierungschefs und hochrangige Politiker sollten diese Strategie, mit der Putin sein Ansehen innerhalb Russlands versucht hochzuhalten, nicht unterstützen.

Eben jener Gauck welcher die letzte WM in Brasilien „eine gelungen Sportliches Großereignis nannte. Obwohl er genau wusste welche Korrupten Vorgehensweise die damalige Brasilianische Regierung vertrat.

Nun den es gibt bestimmt viele politische Meinungen zu der WM2018.

Doch wohl sollte man immer bedenken warum solch internationale Sportereignisse entstanden sind, nämlich sich kulturell auszutauschen und sportlich zu messen anstatt zu den Waffen zu greifen.

Wir hoffen auf eine friedliche und erfolgreiche WM für alle Sportler und Sportbegeisterten Fußball Fans. -ph

wie Präsident Putin immer wieder internationale Sportereignisse nutze, um im eigenen Land Zustimmung für seine aggressive Außenpolitik zu organisieren, begründete die Grünen-Politikerin im Deutschlandfunk Kultur ihre Initiative.

Genauso tönte der deutsche Ex-Präsident Joachim Gauck "Ich

Streit um den Schulbau in Berlin

Pro- und Contra-Debatte zur sogenannten „Schulbauoffensive“

Die Berliner Schulbauoffensive (BSO) ist das größte Investitionsvorhaben der laufenden Legislaturperiode. Für das auf zehn Jahre, bis Ende 2026 angelegte Programm sind Mittel von insgesamt 5,5 Mrd. Euro vorgesehen. Damit soll der Sanierungsstau an den Schulen abgebaut und neue Schulen für die wachsende Stadt errichtet werden.

Für die Sanierung bestehender Schulen sind rund 1,3 Mrd. Euro vorgesehen. Dazu kommen gut 1,5 Mrd. Euro für den baulichen Unterhalt. Für den Neubau von Schulen sind knapp 2,8 Mrd. Euro für die nächsten zehn Jahre eingeplant. Das entspricht dem Bedarf für etwa 60 neue Schulen.

Knapp 2,5 Mrd. Euro der 5,5 Mrd. Euro werden von den Bezirken verbaut. Für den

Neubau und Großsanierungen hat der Berliner Senat sich jedoch eine andere Konstruktion erdacht: Zuständig dafür ist die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen.

Die Bezirke konzentrieren sich auf kleinere Sanierungsmaßnahmen unter 10 Mio. Euro, das Land auf die größeren Sanierungen.

In der Schulbauoffensive soll die Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen entlasten, indem sie einen Teil der Schulneubauten – insbesondere die weiterführenden Schulen – erstellt und von den Großsanierungen rund die Hälfte übernimmt. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen konzentriert sich dafür auf den

Neubau von Grundschulen.

An diesem Konstrukt gibt es reichlich Kritik. Im folgenden stellen wir beide Positionen dar. Für die Schulbauoffensive wirbt die Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, aus deren FAQ

(<https://www.linksfraktion.berlin/themen/themen/bildung/schulsanierung-mit-oeffentlich-oeffentlicher-partnerschaft/>) wir zitieren. Widerspruch kommt von der Initiative Gemeingut in Bürgerhand (GiB), die auf dieses FAQ geantwortet hat (<https://www.gemeingut.org/antwort-gib-auf-alte-argumente-der-partei-die-linke-berlin-in-einem-neuen-papier/>).



Pro

Die Schulbauoffensive wird Berlin mit Schulen versorgen

Um den Sanierungsstau an den maroden Schulen zu beheben und neue zu bauen, müssen mindestens 5,5 Milliarden Euro innerhalb von zehn Jahren bereitgestellt werden. (...)

Allein aus dem Landeshaushalt kann diese Summe nicht gestemmt werden. Will man von dem gesteckten Ziel nicht abrücken oder an anderer Stelle einsparen, müssen dafür Kredite aufgenommen werden.

Aufgrund der Schuldenbremse, die ab 2020 in Kraft tritt, darf sich das Land Berlin aber in Zukunft nicht mehr neu verschulden. In Zeiten niedriger Zinsen deshalb auf Investitionen in die maroden Schulen zu verzichten, wäre weder wirtschaftlich noch bildungspolitisch sinnvoll.

Eine Möglichkeit dieses Problem zu lösen, ist ein landeseigenes Unternehmen mit dem Schulbau und der Sanierung zu beauftragen, das nicht durch die Schuldenbremse betroffen ist und selbst Kredite aufnehmen kann. Die HOWOGE ist in öffentlicher Hand, das heißt sie gehört zu 100 Prozent dem Land Berlin. Das Unternehmen soll Kredite in Höhe von etwa 1,2 Milliarden Euro aufnehmen und auch konkrete Baumaßnahmen umsetzen. Die Rückzahlung der Kredite erfolgt aus der Miete für die Schulen, die das Land bis zum Ende der Kreditlaufzeit an das landeseigene Unternehmen zahlt. Nach Tilgung der Kredite und Beendigung der Pachtverträge gehen alle Rechte an den Gebäuden und Grundstücken zurück an das Land Berlin.

Die Kreditaufnahme für den Schulbau muss zu vergleichbaren Konditionen, also Zinssätzen, Laufzeiten und so weiter, erfol-

gen, die auch dem Land Berlin zustünden. Dafür muss das Unternehmen den kreditgebenden Banken entsprechende Sicherheiten bieten. Das geschieht, indem das Land gegenüber der Bank die Mietzahlungen an das Unternehmen garantiert und auf Einreden dagegen verzichtet. Keinesfalls darf mit Schulgrundstücken, den Baukrediten oder dem Anspruch auf Mietzahlungen spekuliert werden. Das kann durch entsprechende vertragliche Vereinbarungen mit dem landeseigenen Unternehmen und den Banken sichergestellt werden.

Führt das Bauen und Sanieren mit der HOWOGE zur Privatisierung der Schulen?

Nein. Die HOWOGE ist eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft. Da sie privatrechtlich organisiert ist, fällt sie nicht unter die Regelungen der Schuldenbremse und kann die nötigen Kredite für die Baumaßnahmen aufnehmen. Sie gehört jedoch zu 100 Prozent dem Land Berlin, genauso wie die anderen landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften oder etwa BSR und BVG.

Die Verantwortung für die schulische Bildung bleibt bei den Bezirken. Sie sind Schulträger, bleiben also verantwortlich für die Gebäude und alles, was den Betrieb der Schulen angeht.

Die Grundstücke verbleiben im Landeseigentum. Lediglich Rechte an den Grundstücken, auf denen gebaut wird, gehen in Form eines Erbbaurechtes zeitlich begrenzt für circa 20 - 25 Jahre an die landeseigene Gesellschaft über. Die HOWOGE bekommt also für diese Zeit das Recht, auf dem Grundstück ein Gebäude zu errichten oder zu unterhalten. Die von dem Unternehmen errich-

teten Schulen gehören für diese Zeit dem Unternehmen, aber auch das ist keine Privatisierung, da die HOWOGE ebenfalls im Eigentum des Landes ist. Niemand würde behaupten, eine Wohnung, die einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft gehört, wäre privatisiert.

Eine private Beteiligung Dritter wird es nicht geben, sodass niemand eine Rendite erwartet. Die öffentliche Schulbaugesellschaft wird ausschließlich mit Bankkrediten arbeiten, wie sie auch Kommunen oder Länder aufnehmen. (...)

Natürlich können landeseigene Gesellschaften genauso wie landeseigene Grundstücke generell und Schulen im Konkreten verkauft werden, wenn es dafür eine politische Mehrheit gibt. (...)

Das Risiko, dass Schulen irgendwann zum Privatisierungsobjekt werden könnten, wird höher, wenn sie jetzt nicht saniert werden. Sollte eine zukünftige Landesregierung Schulen privatisieren wollen, wäre dies leichter in der Stadt durchzusetzen, wenn die Schulen marode sind und mit der Privatisierung auch eine Sanierung versprochen wird. Auch insofern ist das Sanierungsprogramm eine Stärkung der öffentlichen Infrastruktur.

Rechtlich wird ein Verkauf der Grundstücke an Private durch die Belegung mit den Erbbaurechten sogar erschwert. Gleichzeitig werden die Rechte der Bezirke als Schulträger und Besitzer der Grundstücke in entsprechenden Pachtverträgen für die Dauer der Übertragung der Erbbaurechte festgeschrieben.



Contra

Die Schulbauoffensive ist eine Privatisierung der Schulen



(...) Es darf (...) davon ausgegangen werden, dass Angestellte von Bauverwaltungen, die Erfahrungen im Schulbau und mit der Schulsanierung haben, die Aufgabenstellung leichter bewältigen können als bisher nicht vorhandene MitarbeiterInnen einer mit Schulbau völlig unerfahrenen Struktur. Die HOWOGE (...) muss auf dieselben Ressourcen wie alle zugreifen – beim Personal, bei der (hoffentlich vorwiegend regionalen) Bauwirtschaft, bei den Architektur- und Ingenieurbüros, und auch die Bauanträge muss die HOWOGE wie alle anderen in Berlin stellen.

Berlin hat gigantische Überschüsse: 2,1 Milliarden Euro in nur einem Jahr. Der Senat hält aber weiter daran fest, dass es unbedingt erforderlich wäre, für den Schulbau einen 1,2 bis 1,5 Milliarden Euro schweren Schattenhaushalt aufzubauen. Gleichzeitig schafft Berlin es nicht ansatzweise, das dem Schulbau gewidmete Geld auszugeben. 830 Mio. Euro wurden laut Bildungssenatorin Sandra Scheeres 2017 dem Schulbau bereitgestellt. Aber kaum 260 Mio. Euro davon wurden verbaut! (...)

Die niedrigen Zinsen gelten für das Land Berlin, nicht für seine GmbHs. Wenn diese GmbHs an der Schuldenbremse vorbei ihre Kredite aufnehmen sollen, müssen sie der Privatwirtschaft zugerechnet werden. (...) Auch das wichtige Vorbild Hamburg zeigt, dass die Zinsen viel höher sein werden. (...)

Unterstellt man der Schuldenbremse eine Sinnhaftigkeit, stellt sich die Frage, ob es Aufgabe verantwortungsvoller PolitikerInnen sein kann, nach Schlupflöchern zu suchen, um sie zu umgehen, d. h.: Ist es im Sinne der BürgerInnen, nicht nur intransparente Schulden in Schattenhaushalten zu machen, sondern sogar höhere Schulden als bei Einstel-

lung in den unmittelbaren Haushalt?

Erinnert sei zudem an die GSW: Auch die GSW war zu 100 Prozent in öffentlicher Hand, und sie wurde doch von Rot-Rot verkauft. Es war angeblich „ein Notverkauf“. Was war die Not? Die GSW hatte 1,6 Mrd. Euro Schulden. Die HOWOGE hat aber bereits auch 1,2 Mrd. Euro Schulden und soll weitere 1,2 bis 1,5 Mrd. Euro Schulden dazu bekommen! (...)

Und bedeutet nicht die Abgabe des wirtschaftlichen Eigentums an den Grundstücken, die Abgabe von Grundstücken per Erbbau, schon die Umwandlung der Schulgrundstücke in Finanzprodukte? Andernfalls könnte sie nicht als Sicherheiten dienen. Gleiches gilt für die Mietverträge: Auch aus ihnen sollen Finanzprodukte werden.

Einredevorvertrag ist ein wesentliches Element von ÖPP-Verträgen. Sie verschieben das Baurisiko (und oft auch das Betriebsrisiko) von der Bauausführung zum Bauherrn. Das führt unmittelbar zu fatalen Fehlanreizen: Wer bauen kann, wie er will, aber immer sein Geld bekommt, wird Pusch bauen. Und das soll das tragende Grundprinzip des Schulbaus sein, und des größten Investitionsvorhabens Berlins nach dem BER?

Nicht die privatrechtliche Organisation erlaubt die Umgehung eines grundgesetzlich vorgeschriebenen ausgeglichenen Haushalts (sogenannte Schuldenbremse), sondern die Zurechnung zum Privatsektor. Um so eine Zurechnung rechtswirksam zu erreichen, muss der staatliche Einfluss begrenzt werden – damit wird die demokratische Kontrolle systematisch ausgehebelt. (...)

[Die Übertragung der Schulen auf das Unternehmen] ist eine formelle Privatisierung. (...) [D]ie Entwicklung JEDER materiellen

Privatisierung hatte diese wichtige (und oft nicht einfach zu schaffende) Voraussetzung. Das „dauerhafte“ Eigentum kann nach der formellen Privatisierung jederzeit aufgegeben werden. Und es kann auch funktional privatisiert werden – Stichwort ÖPP.

(...) Schulen können (solange darin öffentlich auch Schule stattfindet) bisher eben nicht bei Nacht und Nebel verkauft werden wie seinerzeit die GSW. (...)

Gerade weil die HOWOGE Bankkredit aufnehmen soll, müssen die Schulen eine Rendite erwirtschaften! Die Bankkredite müssen mit Zins zurückgezahlt werden – und um diesen Zins bezahlen zu können, muss ein Überschuss erwirtschaftet werden, mit anderen Worten eine Rendite. Die Bankkredite können auch unmöglich solche sein „wie sie auch Kommunen oder Länder aufnehmen“. Im einen Fall handelt es sich um Landesanleihen oder Kommunalkredite. Die können aus dem Steueraufkommen zurückbezahlt werden. Bei einer GmbH hat man Kapitalmarktkredite, die völlig anders behandelt und auch verzinst werden. Und sie werden nicht aus dem aus dem Steueraufkommen bezahlt – die GmbH hat keins – sondern aus der Rendite der GmbH.

Allein die Konstruktion über den abgegebenen Erbbau und die Besicherung der Mietzahlungen macht aus Leistungen zur staatlichen Daseinsvorsorge Finanzprodukte. (...)

Durch die Abgabe der Erbbaurechte an eine GmbH wird der wirtschaftlich interessante Teil der Grundstücke in ein handelbares Finanzprodukt übertragen.

- gekürzte Fassung

Kein Geld ist auch keine Lösung...

Unterstützen Sie uns mit einer Spende!

Als einzige Partei im Deutschen Bundestag nimmt DIE LINKE keine Unternehmensspenden an. Damit bewahren wir unsere Unabhängigkeit von den Lobbyisten.

Politische Arbeit kostet jedoch neben viel Zeit und Engagement oftmals auch Geld. Wenn Sie die Arbeit der Spandauer Linken durch finanzielle Zuwendung unterstützen wollen, können Sie gerne einen Betrag überweisen. Vielen Dank!

DIE LINKE. Spandau

IBAN:

DE48 1007 0848 0525 6078 07

BIC: DEUTDEDB110

Berliner Bank

Gewinnspiel

5	3			7			
6			1	9	5		
	9	8					6
8				6			3
4			8		3		1
7				2			6
	6					2	8
			4	1	9		5
				8		7	9

Lösen Sie das Sudoku und schicken Sie das ausgeschnittene Rätsel oder ein Foto davon mit Ihrer Adresse an raetsel@spandauer-umschau.de oder DIE LINKE. Spandau, Pichelsdorfer Str. 138, 13595 Berlin. Unter allen richtigen Einsendungen werden drei handsignierte Bücher von Gesine Lötzsich („Immer schön auf Augenhöhe“, 2017) verlost. Einsendeschluss ist der 15.07.2018.

In »Immer schön auf Augenhöhe« beschreibt Gesine Lötzsich den politischen Alltag in kurzweiligen, memoirenhaften Kleinst-Erzählungen. »Sie haben doch genug Öffentlichkeit«, so der Abgeordnete Nooke der CDU im Jahr 2003.

Ihr persönlicher Blick als Linken-Politikerin auf die manchmal absurden Verhaltensweisen der etablierten Machtzirkel zeigt, wie schwierig oftmals das Erreichen der gesuchten Öffentlichkeit ist.

Gehör zu finden und Gehör zu schenken ist eines der zentralen Anliegen einer engagierten Frau.

Gesine Lötzsich



Die manchmal etwas beliebige anekdotenmäßige Sammlung schlägt einen langen Bogen von den Anfängen der PDS bis zur LINKEN im Bundestag. Sie beschreibt eine Kämpferin, die nicht nur rhetorisch den Finger auf Miss-Stände und Ungerechtigkeiten legt, sondern zur Tat schreitet, wo es ihr möglich ist. Ein durchaus unterhaltsames und informatives Buch zum Thema Linker Politik.

Petra Machost-Riedel

Gesine Lötzsich

Gesine Lötzsich wurde am 07. August 1961 in Berlin geboren. Sie ist Philologin und seit 1984 Mitglied der SED, später PDS und heute DIE LINKE. Lange Jahre führte sie den Bezirksverband Lichtenberg, saß in der dortigen Bezirksverordnetenversammlung und im Berliner Abgeordnetenhaus. Seit 2002 gehört sie dem Deutschen Bundestag an. Damals hatte die PDS den Fraktionsstatus verloren und Gesine Lötzsich kämpfte allein mit Petra Pau für die sozialen Themen im Land. Erst 2005 zog die Linkspartei wieder als Fraktion in den Bundestag ein.

Dort hatte Gesine Lötzsich später von 2014 bis 2017 den Vorsitz des Haushaltsausschusses inne. In dieser Funktion war sie für die Kontrolle der Regierung durch die Opposition maßgeblich verantwortlich.

Als erfahrene Haushaltspolitikerin, aktive Antifaschistin und sehr bürgernahe Politikerin hat Gesine Lötzsich sich parteiübergreifend Anerkennung erarbeitet. Ihren Wahlkreis in Lichtenberg hat sie durch ihre nahbare Art fünfmal hintereinander direkt gewonnen.

Für den Bezirksverband Spandau der Partei DIE LINKE war und ist Gesine Lötzsich immer eine

Termine

Mitgliederversammlung

jeden 3. Donnerstag im Monat um 18.30 Uhr

(Geschäftsstelle, Pichelsdorfer Str. 138, 13595 Berlin oder Seniorenklub Lindenufer, Maurerstr. 10a, 13597 Berlin)

Vorstandssitzung

jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 18.30 Uhr

(Geschäftsstelle, Pichelsdorfer Str. 138, 13595 Berlin)

AK Gewerkschaften

jeden 3. Dienstag im Monat um 18.00 Uhr

(Geschäftsstelle, Pichelsdorfer Str. 138, 13595 Berlin)

Offene BVV-Fraktionssitzung

jeden 2. und 4. Montag im Monat um 18.00 Uhr

(Fraktionsbüro, Rathaus Spandau, Carl-Schurz-Straße 2/6, 13597 Berlin)

AK Kommunales

Tagt zeit- und ortsgleich mit den offenen BVV-Fraktionssitzungen

Änderungen vorbehalten. Weitere Infos und aktuelle Termine finden Sie unter:

www.die-linke-spandau.de/politik/termine

Öffnungszeiten und Kontakt der Geschäftsstelle

Dienstag 15–19 Uhr

Mittwoch 13–17 Uhr

Pichelsdorfer Str. 138

13595 Berlin

Tel.: (030) 36 43 74 71

Fax: (030) 36 43 74 72

info@die-linke-spandau.de

wichtige Ansprechpartnerin gewesen, die sich um alle Belange kümmert. Neben den Ehrungen für Wladimir Gall, den Tag der Befreiung oder auch im Wahlkampf-auf Gesine war und ist Verlass.

Wir freuen uns daher, Gesine am 05. November zu einer Veranstaltung anlässlich des Novemberpogroms erneut im Bezirk begrüßen zu dürfen. Dann wird sie gemeinsam mit Vertretern der Jüdischen Gemeinde und der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes an die Ereignisse vor 80 Jahren erinnern.

**Einmischen!
Mitmachen!**



o Bitte schicken Sie mir die nächste Ausgabe der Spandauer Umschau zu.

o Bitte schicken Sie mir Material zum Thema _____ zu.

o Ich möchte Mitglied werden.

Name und Adresse:

E-Mail-Adresse:

Zettel abgeben oder schicken:

DIE LINKE. Spandau
Pichelsdorfer Str. 138
13595 Berlin
(030) 36 43 74 71
info@die-linke-spandau.de